Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

15. Sitzung vom 21. Januar, 1 Uhr

Das Haus ist schwach besetzt.
Am Bundesrathstisch: Staatssekretär Graf Posadowsky.
Eingegangen ist das Bankgesetz.
Die Berathung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. v. Czarlinski (Pole) beschwert sich über die Schwierigkeiten, die man den polnischen Arbeitern und der polnischen Sprache fortgesetzt mache. Der sozialen Reform ständen die Polen sympathisch gegenüber und sähen auch der Reform der Alters- und Invaliditätsversicherung und womöglich der Unfallversicherung gern entgegen. Redner führt verschiedene Mißstände der bisherigen Praxis an.

Abg. Dr. Bielhaben (Antis.): In Worten sei ja in den letzten Tagen sehr viel Sozialpolitik getrieben worden, und die Arbeiter könnten zufrieden sein, wenn alles Vorgeschlagene zur Ausführung gelange. Namentlich hätten sich ja die Nationalliberalen, die so viele Großunternehmer in ihren Reihen haben, sehr reformlustig gezeigt, leider hätten sie an einer recht schweren Krankheit, dem Umfall in kritischen Momenten. Er möchte hier anregen, etwas mehr für die Fernsprechbeamten und Benutzungen zu thun, die einen so sehr aufreibenden Dienst hätten, desgl. für Post- und Telegraphenbeamte. Unzureichend seien noch immer die Maßnahmen zu Gunsten des Mittelstandes. Die Bäckereiverordnung bedürfe der Abänderung dringend, Herr Prof. Hitze habe sich auch in dieser Hinsicht geäußert.

Präsident Graf Ballestrem: Es ist nicht Brauch, hier im Hause die Abgeordneten mit ihrem Titel zu bezeichnen. Es genüge zu sagen „Abgeordneter Hitze".

Abg. Dr. Wiemer (freis. Volksp.): Die Rede des Herrn von Heyl befindete, daß auch die nationalliberale Partei jetzt vielleicht mehr als früher geneigt ist, die sozialpolitischen Bestrebungen zu fördern. Freilich ein Theil der Mitglieder trennt sich von der Partei. Es wäre zu wünschen, daß diese Aenderung sich auch auf anderen Gebieten zeigte, wenn ein Abschwenken von jener Politik erfolgte, wie sie bisher vom Centralverband deutscher Industrieller gepflegt wurde. Ich hoffe vor allem, daß die Nationalliberalen mit uns geschlossen dafür eintreten werden, daß den Arbeitern die Koalitionsfreiheit erhalten bleibt. Da ist uns eine Vorlage in Aussicht gestellt, die euphemistisch „Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen" genannt wird. Der Kaiser hat in Oeynhausen eine Rede gehalten, worin — —

Präsident Graf Ballestrem: Ich muß den Redner unterbrechen: Ich werde keinen Redner hindern, Reden Sr. Majestät des Kaisers oder eines der Bundesfürsten hier in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen. Jedoch setzt dieses voraus, daß die Reden dieser höchsten und hohen Personen dem Reichstage authentisch bekannt geworden sind. Unter „authentisch" verstehe ich entweder, daß sie uns auf geschäftsordnungsmäßigem Wege zugehen, wie die Thronreden oder irgend eine andere ähnliche Kommunikation des Kaisers, oder daß sie im „Reichs- und Staatsanzeiger" ihrem Wortlaute nach publizirt sind. Ich glaube, daß die Ehrfurcht, die wir Sr. Majestät dem Kaiser und den hohen Bundesfürsten schulden, ebenso aber auch die Würde des Reichstages es verlangt, von einer Verwerthung solcher Kundgebungen hoher und höchster Personen, wenn sie nur durch Zeitungsnachrichten oder auf andere, nicht authentische Weise veröffentlicht sind, Abstand zu nehmen.

Abg. Dr. Wiemer (fortfahrend): Ich folge gern der Weisung des Herrn Präsidenten, erinnere aber an die Bemerkung des Reichskanzlers, daß nichts im Reiche geschehe, wofür er nicht die Verantwortung übernehme; nur weil ich annehme, daß dieses Wort auch für die erwähnte Kundgebung gilt, habe ich die letztere hier angeführt. (Sehr gut! links.) In weiten Kreisen des Volkes hat sich gerade infolge jener Kundgebung die Anschauung Bahn gebrochen, daß ein wichtiges Grundrecht des Arbeiters, die Koalitionsfreiheit, angetastet werden soll. Meine Freunde halten schärfere Strafbestimmungen nicht für nothwendig, denn eine Vermehrung von Ausschreitungen in erheblichem Umfange ist nicht festgestellt worden. Das bewiesen auch die Berichte der Gewerbeinspektoren. Die Strafbestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuches reichen vollkommen aus. Durch neue Strafbestimmungen würde man nur die bestehende Kluft erweitern. Da die sozialpolitischen Anschauungen des Herrn v. Stumm Werth haben an jener Stelle, wo Gesetze ausgearbeitet werden, so müssen wir leider befürchten, daß auch die kommende Vorlage in seinem Sinne gehalten sein wird. Der Arbeiter braucht die Koalitionsfreiheit zum Ausgleich für das, was ihm auf anderen Gebieten an Einfluß fehlt. Sehr bedauerlich erscheint mir der Widerstand der Regierungen gegen die Berufsvereine, deren Bestand für den sozialen Frieden nur gewünscht werden kann. Wir halten es daher für erforderlich, daß hierüber ein sich dem Bürgerlichen Gesetzbuch anschließendes Spezialgesetz erlassen wird, das ihre Errichtung erleichtert. Wir treten für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung ein und wünschen daher vor allem, daß die staatlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten ausgebildet werden. Wir wollen Reformen des Versicherungswesens und bedauern es lebhaft, daß die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz wieder nicht erschient; wir hoffen, daß die Novelle zum Alters- und Invalidengesetz möglichste Verbesserungen bringen wird, sowohl von einer Begünstigung einzelner Schichten fernhalten wird. Die Gewerbegerichte wünschen wir nach der Richtung ausgestaltet zu sehen, daß sie die Funktion von Einigungsämtern übernehmen. Im Abgeordnetenhause hat Herr v. Miquel gesagt, daß nach den Ermittelungen des Handelsministers die Arbeiterausschüsse sich im Auslande im großen und ganzen nicht bewährt hätten. Ich ziehe daraus den Schluß, als ob man in den leitenden Kreisen in der Werthschätzung der Arbeiterausschüsse seit 1890 etwas nachgelassen hat. — Dringend nothwendig ist das baldige Erscheinen der Novelle zur Seemannsordnung, und ich richte an den Staatssekretär die Frage, wie weit die Vorarbeiten gediehen sind. Weiter wünschen wir eine Ausdehnung der sozialpolitischen Fürsorge auf das platte Land; namentlich die Wohnungsverhältnisse sind dort der Besserung dringend bedürftig. Das Tempo darf kein zu schnelles, kein zu langsames sein, und man könnte hierbei auch Vorschläge von der Studirlampe aus berücksichtigen. Die Warnung vor dem nervösen Dilettantismus ist berechtigt gewesen, denn habe die Gesetzgebung der Regierung nicht gerade oft einen nervösen Dilettantismus, so das Börsengesetz, das Margarinegesetz rc. Die angekündigte Arbeitervorlage scheine auch ein Ausfluß des nervösen Dilettantismus zu sein. Mit wirthschaftspolitischen Maßnahmen könne man die Sozialdemokratie nicht bekämpfen, man müsse auch die Fehler auf politischem Gebiete vermeiden, von denen die Sozialdemokratie lebe. Die Reichsverdrossenheit sei sehr leicht wahrzunehmen, trotzdem Graf Posadowsky sie geleugnet habe. Die freiheitlichen Einrichtungen im Deutschen Reiche lassen noch sehr viel zu wünschen übrig, namentlich könne das Rechtsleben noch manche Verbesserungen vertragen. (Beifall links.)

Abg. Schrempff (k., Vb. d. Lbw.) weist es zurück, daß die Gesetze der letzten Zeit zu Gunsten der Landwirthschaft ein Ausfluß des nervösen Dilettantismus seien, sie seien vielmehr der Ausdruck deutscher Volkskraft. Die Sozialgesetzgebung habe den heutigen Zuständen ausgesöhnt und müsse in geeigneter Form fortgeführt werden. Mit Unrecht schreie jetzt die Sozialdemokratie, daß es mit der Sozialreform nicht schneller vorwärts gehe, obwohl gerade ihre Bestrebungen den Arbeitgebern und den besitzenden Klassen und schließlich auch der Regierung die Lust benehmen, immer neue Gesetze zu Gunsten der Arbeiter zu schaffen, die schließlich dazu beitragen, die sozialdemokratische Organisation zu stärken. Die Lasten trage vorzugsweise der Mittelstand, der noch dazu durch die allerhand Verordnungen schwer belästigt werde. Einzelne Organisationen der Arbeiter haben wenig Zweck, es dürften nur gemeinsame Organisationen mit den Arbeitgebern geschaffen werden. Alle Reformen müssen auf dem gegenwärtigen Gesellschaftsboden ausgeführt werden, nicht auf revolutionärem Wege. Schon die Streiks seien kleine Revolutionen, bei denen die Arbeitswilligen von ihren Kameraden oft an der Arbeit gehindert werden. Das dürfe der Staat nicht dulden. Nur unter Wahrung der Autorität des Staates dürfe die Sozialreform fortgeführt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Rösicke (wildlib.) wendet sich gegen verschiedene gestrige Ausführungen des Frhrn. v. Stumm, den Abg. Hitze ja schon widerlegt habe. Die Auffassung und Auslegung der Februarerlasse müsse jedem überlassen bleiben; wenn Herr v. Berlepsch der einzige berechtigte Interpret der Erlasse sein solle, so müsse man auch andere Aeußerungen des ehemaligen Handelsministers citiren, als Herr v. Stumm citirt habe. (Redner verliest Stellen aus früheren Reden des Herrn v. Berlepsch.) Herr v. Berlepsch sei zurückgetreten, weil er die Erlasse nicht in dem Sinne ausführen konnte, wie er sie auszuführen gedachte. Diese Erlasse seien höchst wichtige Kundgebungen Kaiser Wilhelm's II., und sie sind zu einer Zeit ergangen, als Herr v. Stumm alleinberechtigt noch nicht Alleinherrscher auf sozialpolitischem Gebiete war. Herr v. Stumm und seine „Post" haben Herrn Möller sehr gelobt und seine Aeußerungen als maßgebend für die nationalliberale Partei hingestellt. Leider habe man den Tag vor den Abend gelobt. Hätte man die Rede des Abg. Frhrn. v. Heyl abgewartet, hätte man gesehen, daß Herr Möller nicht die Ansichten der Partei wiedergegeben habe.

Abg. Dr. Oertel (Bd. d. Lbw.): Die sozialpolitische Gesetzgebung finde ihre Grenze in der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie und in der Kraft des Mittelstandes, speziell des Gewerbes, die ihm aufgebürdeten Lasten zu tragen. Die Bäckereiverordnung habe schwere Mißstimmung erregt und scheine auf unrichtigen Informationen zu beruhen. Die Mehrzahl der Bäckermeister halte die Durchführung der Verordnung, wie sie jetzt stattfinde, für die Dauer für unmöglich. Sie habe, abgesehen von anderen Erschwerungen, ein unerträgliches Preisunterbieten zur Folge gehabt. Die Bäckereisteller verlangen nicht die sofortige Aufhebung der Verordnungen, sondern einige Abänderungen, sowie beim Müllergewerbe eine anderweite Festsetzung der Arbeitszeit. Beim Eisenbahnbetriebe kommen auch sehr lange Arbeitszeiten vor, die die Verwaltung damit entschuldige, daß sie sage, es lägen auch Anhepausen dazwischen. Am besten wäre es, eine Mindestruhezeit festzusetzen. Eine Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf das Handwerk sei kaum durchführbar und nicht nützlich. Seine Freunde seien im übrigen bereit, an der weiteren Sozialreform mitzuarbeiten.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (nl.) tritt, wie im Vorjahre, warm für die Bestrebungen der Frauen ein, namentlich seien die auf Erhaltung und Festigung der Stellung der Frau im Haushalte zu unterstützen, wie Kochschulen, Haushaltungsschulen, Volksküchen. Solche Institute lassen sich leicht im Anschluß an großindustrielle Etablissements durchführen. Die Frau gehöre in erster Linie ins Haus, natürlich gebe es auch Frauen, denen dieser Rahmen zu eng sei, und diese müßten auch unterstützen in ihrem Bildungsbestreben, indem man ihnen Gymnasial- und Universitätsstudien freigebe. Der jetzigen Unsicherheit und der Willkür einzelner Professoren müsse ein Ende gemacht werden, wenn auch nicht auf einmal, so doch nach und nach. Man dürfe diese Wünsche nicht mit der sogenannten Frauenemancipation zusammenwerfen, es könne sich immer nur um Ausnahmen handeln, um besonders befähigte Frauen. Hohe Persönlichkeiten haben diesen Frauenbestrebungen ihr Interesse zugewandt, am meisten sei man hierin in Rußland voran.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Arbeiterbevölkerung müsse die Ueberzeugung bekommen, daß ihre Interessen gewahrt werden und sie schnell zu ihrem Recht gelangen, also auch zu den ihnen zustehenden Renten, die Abg. v. Czarlinski monirt hatte. — Was die Thätigkeit der Frauen im Telegraphen- und Telephondienst betreffe, so seien so schwere Gesundheitsschädigungen, wie Abg. Dr. Bielhaben sie erwähnte, nicht konstatirt worden. Unmöglich gäbe es Mädchen mit schwachen Nerven, die den Dienst nicht ausüben. Die Bestrebungen der Frauen auf weitere geistige Ausbildung und Expression selbstständiger Berufe fördere er gern. Eine neue Verordnung über die Ablegung medizinischer Prüfungen sei in Vorbereitung. Die Seemannsordnung werde wohl erst in der nächsten Session dem Reichstage vorgelegt werden können. — Ueber die Bäckereiverordnung und ihre eventuelle Abänderung könne er heute noch nichts sagen. — Auf die Frage, wer die kaiserlichen Erlasse interpretiren solle, könne er nicht eingehen, ihr authentischer Interpret sei jedenfalls der Träger der Krone und seine Regierung. Der Wunsch, die Erlasse nicht weiter ausführen zu lassen, könne jedenfalls nicht zur Entlassung eines Ministers führen. Die Ansicht der „sozialen Praxis", die Sozialdemokratie könne eine soziale Reformpartei werden, werde gewiß selbst von den Sozialdemokraten belächelt werden. — Von einer Reichsverdrossenheit zu reden, sei unlogisch. Die Einigung der deutschen Stämme zu einem Reich finde doch im Grunde den Beifall jedes Deutschen, aber man habe vielfach die Omnipotenz des Staates überschätzt, infolgedessen Enttäuschungen nicht ausbleiben konnten. Der richtige Name für dieses Gefühl wäre „Reichsverdrossenheit," und es werde Sache der einsichtigen politischen Bildung und Reife verschwinden.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) polemisirt gegen den Abg. Rösicke. Er sei noch wie vor mit Herrn Minister v. Berlepsch befreundet, obwohl allerdings ihre Ansichten über Sozialpolitik auseinandergehen. Die kaiserlichen Erlasse bleiben nach wie vor die Grundlage aller Sozialpolitik und bedürfen eigentlich keiner Interpretation. Für die Artikel der „Post" lehne er jede Verantwortung ab. Redner bemerkt sodann: Er habe sehr bedauert, daß der Abg. Bassermann hier in der Etatsrede einen Standpunkt eingenommen habe, der mit der historischen Haltung der nationalliberalen Partei kaum in Einklang zu bringen sei. Er sei daher angenehm berührt gewesen darüber, daß die Abgeordneten Hilbet und Möller sich so geäußert haben, wie es seiner Ansicht nach dem Standpunkte der nationalliberalen Partei besser entspreche. Darum habe er wieder um so mehr bedauert, daß Herr v. Heyl gestern namens seiner Partei die Herren desavouirt habe. Herr v. Stumm verliest alsdann einen Brief des Herrn Bödicker über seine Entlassung, in dem von der Verdrängung aus dem Amt gesprochen wird.

Abg. Rösicke: Er halte daran fest, daß sowohl Herr von Berlepsch wie Herr Bödicker entlassen wurden, weil in der Ausführung der kaiserlichen Erlasse eine Aenderung eintreten sollte, wie sie thatsächlich seitdem auch eingetreten ist. Zur Begründung seiner Ansicht könnte er Privatbriefe anführen, wolle dies aber selbstverständlich nicht thun.

Abg. Schrader (Freis. Vgg.) geht auf die Frauenfrage ein. Das brennendste sei gegenwärtig die Zulassung der Frauen zum ärztlichen Beruf. Der heutige Zustand sei unhaltbar. Das Deutsche Reich könnte am besten einheitliche Bestimmungen erlassen, die die Frauen zu allen Vorlesungen zulassen. Die Frauen haben sich schon zu Aerztinnen befähigt gezeigt; schwere Operationen überlassen ja auch die Aerzte gern den Spezialisten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn die Frauen alle wissenschaftlichen Anforderungen erfüllen, können sie auch zum Physikum zugelassen werden.

Was die Entlassung des Herrn Bödicker betreffe, so könne von einer Verdrängung nicht die Rede sein. Der Staatssekretär verliest einen Brief des früheren Ministers v. Bötticher, in dem dieser sich bereit erklärte, einen längeren Urlaub zur Herstellung der Gesundheit Herrn Bödicker's zu befürworten. Trotzdem habe letzterer auf seiner Entlassung bestanden.

Abg. Hitze (Ctr.) beschäftigt sich kurz mit der Bäckerei-Verordnung, deren Revision wünschenswerth sei.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. v. Stumm und Dr. Wiemer tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung Montag, 1 Uhr: Interpellation betr. das Weingesetz und Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 21. Januar, 11 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel, Thielen, Freiherr v. d. Recke u. a.

Das Haus tritt in die erste Berathung des Staatshaushaltsetats.

Abg. Richter (fr. Vp.): Der Finanzminister bezeichnete die Finanzlage als auf bester Grundlage stehend. Gewiß, warum sollte sie auch nicht? Es ist das die Folge einer Thesaurirungspolitik in Preußen, womit die Finanzpolitik im Reiche in Widerspruch steht. Große Summen werden zur Schuldentilgung verwandt, wodurch das werbende Staatsvermögen in Preußen wieder vergrößert wird. Auch die Eisenbahneinnahmen müssen diesem Zwecke dienen. Man würde sie viel besser theilweise zu Tarifreformen benutzen. Die Herabsetzung des Zinsfußes der Eisenbahnschuld kommt ebenfalls dieser Thesaurirungspolitik zu gute. Hätten wir keine Staatsbahnen, so hätten wir schon infolge der Konkurrenz sicher bessere Tarifverhältnisse. Die neuesten Tarifherabsetzungen bringen doch ohne Zweifel einen Mehrverkehr und würden also nicht einmal einen Ausfall ergeben. Interessant wäre es mir auch, zu erfahren, welche Mehreinnahmen das neue Stempelgesetz gebracht hat. Auch auf anderen Gebieten sehen wir diese Thesaurirungspolitik. Man hat uns jetzt ein Gesetz über die Waarenhäuser in Aussicht gestellt. Das wird ohne Zweifel ein Ausnahmegesetz werden. Mit einem solchen Gesetzentwurf würde sich unsere ganze Steuergesetzgebung auf eine schiefe Ebene begeben, und ein Ende würde gar nicht abzusehen sein. Der Minister sprach in seiner Rede auch von Interessenten. Darunter scheint er aber nur seine agrarischen Freunde zu verstehen (Unruhe rechts), die Sonderinteressen vertreten, und die der Minister darin unterstützt. Jetzt werden zwei Millionen Stellenzulagen für Beamte ausgeworfen. Aber was wollen diese zwei Millionen bei der großen Zahl der Beamten besagen. Dann sollen auch für hervorragende Leistungen Belohnungen gegeben werden. Das ist bedenklich, da damit parteiisch verfahren werden kann. Die Zuwendungen für den Osten der Monarchie halte ich nicht für richtig. Man könnte fast den Wunsch hegen: hätten wir doch noch mehr Polen unter uns, dann werden wir auch Zuwendungen bekommen. (Heiterkeit.) Ich möchte gern wissen, zu welchen besonderen Zwecken der erhöhte Polendispo benutzt wird. Die in Aussicht gestellte Kanalvorlage ist besser, als die frühere, da dabei die Interessenten gebührender herangezogen werden. Man muß aber gesichert sein, daß nicht auf den Kanälen später Staffeltarife zu Gunsten einiger Interessenten erhoben werden. Eine etwaige Uebertragung der Wasserbauverwaltung auf das Landwirthschaftsministerium kann nur durch Gesetz geschehen. Wir wollen eine solche Uebertragung nicht, da das Landwirthschaftsministerium mehr als andere Ministerien im Schlepptau der Agrarier ist. Höchstens könnte man ein eigenes Bauenministerium bilden. Andere Berufszweige haben jetzt schon genug unter der Interessenpolitik der Agrarier zu leiden. Die Centralgenossenschaftskasse dient auch deren Interessen, sie hat sich aber den Unwillen der Agrarier zugezogen, weil sie den Zinsfuß von 3½ auf 4 Proz. erhöht hat. Dabei mußte diese Kasse für 13 Millionen Mark Papiere lombardiren. Der Zurückgang der Domänenpachten beweist nichts für eine schlechte Lage der Landwirthschaft. Die Grundrente und der Zinsfuß sind zurückgegangen. Die Landwirthschaft leidet zum Theil darunter, daß Güter, die von vornherein nicht lebensfähig sind, durch künstliche Mittel gehalten werden sollen. Die Leutenoth ist unter keinen Umständen zu einer Beschränkung der Freizügigkeit gekommen. Eine gründliche Umgestaltung der ländlichen Besitzverhältnisse, vor allem Beseitigung der allzu großen Güter kann die Landwirthschaft gesunden lassen. Mehr mittlere und kleinere Güter müssen gebildet werden. Aber der große Einfluß, den die großen Fideikommißgüter gewähren, ist es, der Sie (nach rechts) bewegt, dieselben nicht aufzugeben. (Unruhe rechts.) Auch der Finanzminister geht darauf aus, den Grundbesitz des Staates möglichst zu erhalten und auch noch namentlich im Westen auszudehnen. Letzteres muß ich sehr bedauern, da die ländlichen Verhältnisse im Westen jetzt ganz gute sind. Sogenannte Musterwirthschaften haben dort wenig Zweck. Vor allem müssen die Wirthschaften sich rentiren. Mit anderen Worten sind solche Bestrebungen ein Hymnus auf die Verstaatlichung des Grund und Bodens, die auch die Sozialdemokraten verlangen. Jetzt komme ich zum Minister des Geistes. (Heiterkeit.) Man erfährt nichts von den neuen Bauten für die königliche Bibliothek rc. Wie steht es damit eigentlich? Man müßte noch mehr weltliche Kreisschulinspektoren anstellen, als jetzt im Etat vorgesehen sind. Mit einem Gesetzentwurf zur gerechteren Vertheilung der Schullasten würde man ein gutes Werk thun. Natürlich mit einem allgemeinen Volksschulgesetz als Vorspann wollen wir ein solches Gesetz nicht. Ich weiß auch gar nicht, warum sie ein solches wollen. Herr Bosse thut ja auch ohnehin so, als ob der Zedlitz'sche Entwurf seiner Zeit Gesetz geworden wäre; ja mit seiner Ausschließung jüdischer Lehrerinnen geht er noch darüber hinaus. Das Vorgehen gegen Professor Delbrück wird auch von vielen Leuten gemißbilligt, die den Ansichten dieses Mannes nicht zustimmen. Eine solche politische Kontrolle gegenüber einem Manne der Wissenschaft halte ich für absolut unangebracht. Und es scheint, als ob man jetzt selbst die Aerzte unter ein solches Disciplinarrecht stellen will; all dies entspricht mehr Handwerkergriffen als denen der Wissenschaft. (Sehr richtig.) Die Thronrede kündigt auch eine Wahlreichsnovelle für die Gemeindewahlen an, von einer Reform des Landtagswahlrechts verlautet nichts, obwohl es früher hieß, daß Gemeinde- und Landtagswahlrecht zusammen reformirt werden sollten. Wie nothwendig aber eine Reform des Landtagswahlrechtes ist, haben die Minister und selbst Fürst von Hohenlohe an ihrem eigenen Leibe erfahren müssen. Haben doch die meisten dieser Herren, Fürst Hohenlohe an der Spitze, in der 3. Klasse wählen müssen. Ja hört doch aller Sinn und Verstand auf! (Beifall.) Bei dieser Gelegenheit möchte ich doch auch den Polizeiminister einmal fragen, wie es denn mit der grausigen Verschwörung in Alexandria gewesen ist. War die Bombe denn wirklich vorhanden, oder war es nur ein Bombenschwindel? (Große Heiterkeit.) Und nun vollends der Recke'sche Schießerlaß! Man mußte ja glauben, am Vorabend der Revolution zu stehen. Wie kann man nur dekretiren, daß immer nach der Schablone gleich von der scharfen Waffe Gebrauch gemacht werden soll! Schneidigkeit ist nicht immer ein Beweis von Sicherheitsgefühl. Im Etat ist eine Gendarmeriereichnle vorgesehen. Wenn aber den Gendarmen eine solche Schneidigkeit beigebracht werden soll, dann Gnade Gott dem armen Bürger! (Lärmen rechts.) Im Interesse der Behörden liegen auch nicht die zahlreichen Begnadigungen bei Polizeiexcessen. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit wird immer weiter ausgedehnt. Seit 8 Monaten ist das Gesuch eingereicht, das Grab der Märzgefallenen mit einem Gitter zu umgeben, und noch ist keine Antwort vom Polizeipräsidenten eingelaufen. In

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990123024/fragment/page=0001

Verbindung hiermit scheint die bis jetzt noch nicht erfolgte Bestätigung des berliner Oberbürgermeisters zu stehen. Es heißt, daß in dieser Angelegenheit die Frage aufgeworfen ist: „Aber die Inschrift?“ Handelte es sich denn hier um eine revolutionäre Inschrift, etwa um eine Anerkennung der Bestrebungen der Märzgefallenen? Nein, die Inschrift lautete nur: „Friedhof der Märzgefallenen vom 18. März 1848“. Das ist doch eine historische Thatsache. Man mag über 1848 denken, wie man will; man darf aber doch nicht vergessen, daß die Märzgefallenen unter Betheiligung der ganzen Stadt, des Magistrats, ja des Königs Friedrich Wilhelm IV. beerdigt worden sind. Und wenn man da das Denkmal fortgesetzt verwahrlost lassen will, so ist das doch eine Kleinlichkeit der Auffassung, die mir ganz unverständlich ist.

Minister Dr. **v. Miquel**: Die Ausführungen des Vorredners geben mir in meiner Eigenschaft als Finanzminister kaum Grund zur Antwort. Er hat den Etat nicht bemängelt, sondern ist mit demselben einverstanden. Ich kann mich daher sehr kurz fassen. Kein Geschäftsmann und keine Kommune wird in unserer augenblicklichen Schuldentilgung ein Uebermaß von Schuldentilgung erblicken. Ich halte diese Schuldentilgung bei der Lage Preußens noch für sehr viel zu niedrig. Wir haben trotzdem laufende Ausgaben durch Anleihen gedeckt. Wir sollten uns daher freuen, daß wir jetzt größere Schuldentilgungen vornehmen können. Die Redensart von einer Thesaurirung ist gerade geeignet, die Begehrlichkeit zu wecken, die der Abg. Richter immer zu bekämpfen vorgiebt. Von einer Thesaurirung kann aber gar keine Rede sein. Auch ist falsch, was er von den Reichsfinanzen sagt. Auch dort ist, was wir hauptsächlich dem Centrum zu danken haben, eine größere Schuldentilgung jetzt eingetreten. Auch die Ausführungen des Vorredners über die Begehrlichkeit und die Bezeichnung der Genossenschaften als Pumpgenossenschaften, die bei der Centralgenossenschaftskasse nur pumpen, sind lediglich Schlagworte. Die Centralgenossenschaftskasse hat sich recht gut und solide entwickelt. Die ländlichen Genossenschaften haben sich als ganz solide erwiesen. Sie sehen natürlich ein, daß sie keine Schenkungen aus der Staatskasse erwarten können. Die Erhöhung des Zinsfußes auf 4 Prozent war geboten durch die Lage des Geldmarktes und ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Rückgänge der Domänenpachten sind konstant und man kann daraus auf eine stetige Minderung des Reinertrags der Landwirthschaft schließen. (Beifall rechts.) Man kann also wohl daraus auf die schwierige Lage der Landwirthschaft schließen. Dieser Rückgang der Domänenpachten ist aber noch gar nicht abgeschlossen, da viele Pachtverträge noch auf längere Zeit laufen. Allerdings kann man nicht leugnen, daß die Lage der Landwirthschaft in diesem Jahre günstiger ist als im Vorjahre, aber diese Lage bleibt doch immer eine außerordentlich schwierige. Wenn die Finanzlage günstig bleibt, hoffe ich noch mehr für Meliorationen thun zu können. Die Absicht, unnöthigerweise, mit Aufsaugung des Kleinbesitzes, große Domänen zu bilden, habe ich nie geäußert, aber Musterwirthschaften hie und da anzulegen, kann nur günstig wirken, namentlich zum Beispiel in Schleswig. Die Stellenzulagen für die Beamten sind unbedingt nothwendig, da die Wohnungsverhältnisse an den verschiedenen Orten ganz verschieden sind. Wir haben damit gerade vermieden wollen, daß der Beamte von Zuwendungen seiner Vorgesetzten abhängig wird. Man muß doch für außerordentlich verschiedene Verhältnisse auch eine verschiedene Regelung treffen. Was Nordschleswig anlangt, so hat nicht die Regierung die Verhältnisse dort verschärft, sondern die dreiste dänische Agitation. Wir müssen uns jetzt vertheidigen, und thun das mit der größten Milde. Wir haben zunächst Meliorationen vorgenommen, die dort allen zu gute kommen. Ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß das Verhalten eines Theils der Presse bezüglich der jetzt nothwendig gewordenen Ausweisungen uns im Auslande sehr geschadet hat. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden noch sehr viel lernen müssen (sehr richtig), denn in dieser Beziehung sind uns alle Nationen überlegen. Auf die Frage eines besonderen Wasserbauministeriums kann ich heute nicht eingehen. Zum Schluß möchte ich dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Etat bei den nachfolgenden Lesungen ebensowenig Bemängelung finde wie bei dem Abg. Richter. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Vizepräsident Frhr. **v. Heereman**: Beifallsbezeugungen durch Händeklatschen sind unzulässig.

Abg. Graf zu **Limburg-Stirum** (kons.): Der Abg. Richter hat das Dreiklassenwahlsystem bemängelt. Nun, wir greifen das allgemeine und geheime Wahlrecht nicht an, aber dabei kommen doch ebensolche Unsinnigkeiten vor, wie beim Dreiklassenwahlrecht. So ist es z. B. ein Widersinn, daß ein Mann, wie Krupp nicht mehr Stimmen hat, als ein 25jähriger junger Mann. Was den Etat selbst betrifft, so dürfen wir nicht verkennen, daß unsere Einnahmen schwankender Natur, in den Ausgaben aber fast alle feststehend sind, mit Ausnahme des Extraordinariums. Von einer Thesaurirung, von einer Anhäufung von Schätzen für die folgenden Generationen kann natürlich keine Rede sein, diese Thesaurirung kommt noch der jetzigen Generation zu gute. Früher warnte man den Finanzminister vor zu großen Ausgaben, jetzt drängt man ihn zu Mehrausgaben, um auf ihre Wähler Eindruck zu machen. Die Parlamente sind aber ihrer ganzen Natur nach nicht dazu angethan, zur Sparsamkeit zu verleiten. Der alte absolute preußische Staat war nicht sparsam. (Sehr richtig! rechts.) Man wirft den Agrariern vor, daß sie hohe Anforderungen an den Staat stellen; aber vergleichen Sie doch damit einmal, was die Industrien vom Staate verlangen! Wir billigen die Finanzpolitik des jetzigen Finanzministers vollkommen (Sehr richtig! rechts) und bedauern nur, daß noch keine strengere Scheidung der Finanzen zwischen Reich und Einzelstaaten zustande gekommen ist. Jetzt deckt das Reich seine Schulden aus den Mitteln der Einzelstaaten, ein Zustand, der auf die Dauer nicht haltbar ist. Der Abg. Richter hat auch die Eisenbahnunfälle erwähnt. Was soll dies Herabsetzen des Eisenbahnministers, nachdem wir im vorigen Jahre festgestellt haben, daß die Unfälle bei uns größer sind als wo anders? (Sehr wahr! rechts). Die Einnahmen aus dem Bernsteinregal haben unseren Erwartungen nicht entsprochen; es ist schlimm, daß dem so ist. Ich will aus politischer Courtoisie keine Namen nennen, aber wenn gewisse schöne Reden angehalten gebliehen wären, dann wäre es nie so weit gekommen. Dem Landwirthschaftsminister sind wir für seine Rede, die er neulich im Reichstage gehalten hat, sehr dankbar. (Zustimmung rechts.) Es muß den sonstwohnenden Verhältnissen gegenüber endlich einmal festgestellt werden, daß es uns garnicht einfällt, eine Ungestaltung der Handelsverträge zu wünschen. (Sehr richtig! rechts). Die Leutenoth auf dem Lande ist ein schwerer Uebelstand; nicht nur, daß wir jetzt Arbeiterzuzug haben, nein, wir müssen uns auch darauf gefaßt machen, daß bei einer veränderten Konjunktur die Arbeiter wieder zu uns zurückkommen und daß wir dann keine brauchbaren Arbeiter mehr haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin nicht Gegner der Freizügigkeit, aber daß jugendliche Arbeiter schon vollständig freie Hand haben und hingehen können, wohin sie wollen, das halte ich für einen großen Uebelstand. Was die Arbeiterausschüsse bei den Bergwerken betrifft, so dürfen wir nach dem, was wir im Reichstage gehört haben, uns nicht der Befürchtung erwehren, daß diese Ausschüsse nur der Sozialdemokratie und den Agitatoren des Umsturzes dienen. Besser als solche Ausschüsse sind unparteiische Beamte. Bezüglich des Baues von Kanälen ist die größte Vorsicht geboten, weil dadurch unsere Finanzen erheblich geschädigt werden. Denn die Kanäle machen den Eisenbahnen Konkurrenz, und darum müssen wir nicht allein verlangen, daß die Kanäle das verzinsen, was sie gekostet haben, sondern auch, daß die Interessenten in ausgiebiger Weise herangezogen werden. Kanäle kommen ja nicht der Allgemeinheit in erster Linie zu gute, sondern den Interessenten und Adjazenten. Wie der Abg. Richter davon reden kann, daß ein besonderes Bauministerium den Agrariern zu gute kommt, ist mir unverständlich, (sehr richtig! rechts), zumal da der jetzige Landwirthschaftsminister ein eifriger Befürworter der Kanalbauten ist. Die Politik der Regierung in Schleswig-Holstein billigen wir, wir haben dieselbe nicht nur nicht für grausam, sondern im vollen Sinne des Wortes für human. (Lebhafter Beifall rechts.) Die Art und Weise, wie die Regierung vorgeht, ist die richtige, und ich kann nur empfehlen, daß man in dieser Frage eine wohlwollende, aber stetige Gesinnung hat, aber den Zickzackkurs vermeidet. Wir müssen national denken und fühlen und werden in diesem Sinne das Reich und Preußen weiter fördern. (Lebhafter Beifall rechts.)

Kultusminister Dr. **Bosse**: Ich werde auf alle einzelnen Angriffe des Abg. Richter später antworten, und jetzt nur zunächst darauf eingehen, warum die Regierung kein Gesetz, betr. die Unterhaltungspflicht der Volksschule vorlegt. Ich erkenne die Nothwendigkeit völlig an und bin ja auch vom Herrenhause aufgefordert, für Schlesien ein solches Gesetz zustande zu bringen. Für eine einzelne Provinz aber ist das nicht angängig, denn dann könnten die anderen Provinzen dasselbe Verlangen erheben. Die Frage, was wir den Gemeinden und Gutsbezirken auferlegen können, ist aber noch nicht abgeschlossen, sie muß reiflich erwogen werden, und deshalb kann Ihnen ein solches Gesetz noch nicht vorgelegt werden. Sie haben das Lehrerbesoldungsgesetz und das Pfarrerbesoldungsgesetz erst verabschiedet. Ist es denn nöthig, jedes Jahr mit einer neuen Vorlage zu kommen? — In der Oeffentlichkeit ist uns auch vorgeworfen worden, daß eine Lehrerin im Westen Berlins keine jüdischen Schülerinnen mehr aufnimmt. Ich weiß aber wirklich nicht, was ich für einen Anlaß haben sollte, da einzugreifen, bevor die Sache überhaupt an mich gelangt ist. Ich sehe auch gar keinen Rechtsgrund, der es mir möglich macht, hier einzuschreiten. Die Sache liegt doch so: Die Eltern der christlichen Schülerinnen kamen und sagten: Der jüdische Geist hat in dieser Schule so überhand genommen, daß wir, wenn nichts dagegen geschieht, unsere Kinder aus dieser Schule fortnehmen. Nun, was sollte da die Lehrerin machen? Sie nahm keine weiteren jüdischen Schülerinnen mehr auf, da sonst die christlichen Schülerinnen ihr entzogen worden wären. Was die Frage betrifft, daß jüdischen Lehrerinnen Ordinationen entzogen sind, so sind Klagen an mich gelangt von Leuten, daß ihre Kinder in einer Klasse sind, in der kein einziges jüdisches Kind sitzt, wohl aber eine jüdische Lehrerin unterrichtet, die nun die ganze Schulzeit den Unterricht des Kindes leitet. Das halte ich allerdings für unzuträglich. Jüdische Lehrerinnen sollen und können in Klassen, in denen eine bestimmte Anzahl jüdischer Kinder sitzt, unterrichten; ich kann doch nicht wegen einer exorbitanten heftigen Verhandlung der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die hauptsächlich von zwei jüdischen Herren geführt ist, meine Verfügung abändern. Ich habe durchaus gewissenhaft gehandelt. Nun noch ein Wort über den Fall Delbrück. Von einer Gefährdung der Lehrfreiheit kann gar keine Rede sein. Der Fall Delbrück liegt nicht auf dem Gebiete der Lehrfreiheit, sondern auf dem Gebiete des Beamtenrechts und des Beamtenstatus. Die Professoren an den Universitäten sind zweifellos Staatsbeamte und haben dieselben Pflichten, wie andere Beamte. Den Satz: „professor in robus suis absolutus“ giebt es in Preußen nicht. Trotzdem können die Professoren Handlungen der Regierung abfällig kritisiren; ich erinnere nur an die Kritik Delbrücks gegen die Polenpolitik der Regierung, die zweifellos dem, was die Regierung that, diametral gegenüberstand und auch an Freimüthigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Aber nicht einem einzigen Minister ist es damals in den Sinn gekommen, wegen dieser Kritik gegen den Professor vorzugehen. Dazu lag kein Anlaß vor, wie wir ja überhaupt keine Kritik fürchten. Aber die jetzige Kritik ist in eine Form gekleidet, die die Regierung, die diesen Mann in die höchste Lehrthätigkeit berufen hat, unmöglich ertragen kann. Wenn die preußische Regierung nicht den Muth hat, für ihre Politik einzutreten, so hat sie überhaupt jedes Anrecht auf Autorität verloren. Ich bin seinerzeit, als Herr Delbrück im Herrenhause scharf angegriffen wurde, unter dem größten Widerstand des Hauses diesen Angriffen entgegengetreten und habe die wissenschaftliche Bedeutung des Mannes hervorgehoben. Aber meine Hochachtung und meine Schätzung für diesen Mann kann nicht maßgebend sein, wenn es sich darum handelt, meine Pflicht zu thun und die Autorität der Regierung zu schützen. Ich wußte wohl, daß man mir sagen würde: Dieser Kultusminister stellt eine Disziplinaruntersuchung an gegen den Mann, der den Lehrstuhl Treitschke's inne hat. — Bedenken bemerkt ein Fürsthun. Der Lehrstuhl Treitschke's ist noch nicht vergeben und wird so lange unbesetzt bleiben, bis wir die geeignete Persönlichkeit hierfür haben. Seit 30 Jahren haben die Professoren den Takt und das Pflichtgefühl besessen, daß sie sich sagten: In dieser Weise, wie es jetzt im Falle Delbrück geschehen ist, können wir uns unmöglich gegen die Behörden wenden, deren Autorität wir anerkennen. Und wenn wir nun gegenüber diesen maßlosen Beschimpfungen seitens einzelner untergebener Beamten die Hände in den Schoß legen würden, woher sollten wir dann wohl die Kraft und die Autorität bekommen, um gegen die Unterbeamten vorzugehen? Ich brauche nicht zu erinnern, nach welcher Seite hin es dringend nöthig ist, die Disciplin hier in eiserne Hand zu nehmen. Ich bin mit dem allerfreundlichsten Gemüth an die Sache Delbrück herangegangen, denn ich habe mir gesagt, mit einem guten Gewissen kann man an eine gute Sache herangehen. (Sehr richtig! rechts.) Nun noch eins! Herr Richter sagte: Ich komme jetzt zu dem Minister des Geistes. Ich acceptire diese Bezeichnung. Sie rührt nicht von mir her, sondern von dem alten Berliner Gelehrtenwitz. Sie ist nicht zu verstehen in dem thörichten Sinne, daß man besonders geistreiche Reden hält, sondern in dem Sinne, daß man auf kulturellem Gebiet und auf dem Gebiete der Kirche dem Geiste etwas bietet. In dem Sinne nehme ich die Bezeichnung an, und sie wird mir ein lebendiger Antrieb sein, weiter zu arbeiten, mag das Wort auch noch so sehr verspottet werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Die günstigen Abschlüsse der letzten Jahre, die Zunahme der direkten Steuern und andere Momente lassen uns eine Lage des Staates erkennen, wie ich sie gleich günstig, so lange ich Abgeordneter bin, noch nicht vor mir gesehen habe. Auf allen wirthschaftlichen Gebieten mit Ausnahme vielleicht der Textilindustrie zeigt sich ein frisches pulsirendes Leben. Der Aufschwung ist kein plötzlich gekommener, sondern hat sich allmälig entwickelt, und besonders erfreulich ist, daß der innere Markt so großen Bedarf hat. Die Aufstellung des Etats ist durchaus vorsichtig vorgenommen worden. Redner, der der Journalistentribüne dauernd den Rücken zukehrt und darum sehr schwer verständlich ist, geht auf den Etat näher ein. In der Kommission werden noch einzelne Fragen des Etats vorgläntig geprüft werden müssen, so unter anderem auch die Ablösung des Bernsteinmonopols. Namentlich wird auch die Aufbesserung der Unterbeamten in der Kommission eine ganz besonders eingehende Prüfung finden müssen. Ob die jetzt geplanten Sätze befriedigend sind, ist noch nicht ganz sicher. An einen vollständigen Ruhepunkt in dieser Frage kann man wohl noch nicht denken. Mit dem Bau von Wohnungen für Arbeiter und Unterbeamten sollte man ebensalls schneller vorgehen als bisher. Es freut mich, daß die Regierung die Absicht hat, deutsche Kultur nach dem Osten zu tragen. In diesem Streben werden wir sie stets unterstützen, denn darin liegt zugleich ein großer Vortheil auf sozialem Gebiete. Redner verbreitet sich ferner über die Kanalbauten, deren Nothwendigkeit er ebenso wie die Nothwendigkeit der Tarifreform betonte, doch gehen seine Ausführungen im einzelnen auf der Journalistentribüne völlig verloren. Des weiteren verlangt er eine Scheidung der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Verwaltung. Er erkennt an, daß die Eisenbahnverwaltung im letzten Jahre weniger Anlaß zu Klagen gegeben habe; aber sie habe auch viel Glück gehabt und außerdem habe der Eisenbahnminister auch viel Geld gebraucht. Zu dieser Beziehung sei er etwas skeptischer gesinnt.

Was den Fall Delbrück anlangt, so kann in über die Verkehrtheit seiner Ausführungen kein Zweifel bestehen. Ich will mich nicht äußern über die Frage, ob das Strafverfahren in diesem Falle zulässig ist. Es handelt sich hier darum: Inwieweit muß den Professoren die Freiheit der Meinungsäußerung gelassen werden. Das ist nun ein sehr knifflger Punkt. Ich bin der Meinung, daß die Einleitung des Disciplinarverfahrens sehr zu bedauern ist. Denn der Politiker Delbrück ist nicht ernst zu nehmen, und ich glaube, in der Fraktion, in der er hier einige Jahre gesessen hat, wird er am wenigsten ernst genommen. Wenn ihm nun eine Märtyrerkrone aufgesetzt wird, so wird dem Politiker Delbrück eine viel zu hohe Bedeutung beigelegt. Die Entrüstung über seine verkehrten Ausführungen würde noch ganz anders zum Ausbruch gekommen sein, wenn man sie der freien Beurtheilung überlassen hätte. Die Dänenpolitik der Regierung billige ich im nationalen Interesse. Ich wünsche nur, daß die Regierung überall, wo solche Agitationen vorkommen, so energisch einschreitet. Gewiß ist es richtig, daß Ausweisungen immer von einer gewissen Härte sind; aber das ist unvermeidlich. Das Nationalgefühl des Herrn Richter weicht so von dem meinigen ab, daß ich gar nicht weiß, ob es diesen Namen überhaupt noch verdient; man muß sich doch erst über die Gründe informiren, bevor man ein Urtheil fällt, Herr Richter aber verurtheilt immer von vornherein den deutschen Beamten. Die dänische Agitation beunruhige die Gemüther ungemein, und deshalb ist es recht, daß dieser Agitation endlich ein Ende gemacht wird. Dabei sollten wir die Regierung in ihrem Streben nach Kräften unterstützen. (Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich stellt

Abg. **Richter** (freis. Vp.) einige von dem Finanzminister mißverstandenen Ausführungen seiner Rede richtig und weist dem Abg. Sattler gegenüber darauf hin, daß er die Ausweisungen der Dänen nur deshalb heute nicht erwähnt habe, weil eine Interpellation darüber angekündigt sei. Der Abg. Sattler habe auch den Reichstagsabg. Bieli angegriffen. Warum thue er das nicht im Reichstage, wo Herr Bieli sich verantworten könne? Wenn ferner der Abg. Sattler seine nationale Gesinnung in Frage gestellt habe, so erwidere er, daß er mit dessen nationaler Gesinnung nichts zu thun haben wolle. (Beifall und Lachen.)

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) erwiderte, er habe nicht den Abgeordneten, sondern den Handelskammerpräsidenten Bieli angegriffen.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Fortsetzung der Etatsberathung).

Schluß 5 Uhr.

Vermischtes.

Preisausschreiben. Für Ausfindigmachung eines Mittel zur Desinfektion thierischer Rohhaare wird in der Fachzeitschrift „Schuh und Leder“ ein Preisausschreiben veröffentlicht. Es werden für ein derartiges geeignetes Mittel zwei Preise von 2000 M. und 1000 M. ausgesetzt. Bewerber haben die Darstellung des von ihnen vorgeschlagenen Verfahrens unter Anfügung der Versuchsresultate bis spätestens 1. März 1899 dem Vorstande der Lederindustrie-Berufsgenossenschaft in Mainz einzusenden.

Grubenbrand. Aus Kattowitz wird berichtet: Auf der dem Fürsten **Hohenlohe** gehörigen Fanny-Grube zu Laura-Hütte, der ältesten oberschlesischen Grube, ist heute Feuer ausgebrochen. Der brennende Schacht wird zugeschüttet. Menschen sind nicht gefährdet.

Eine Ordensgeschichte. König Georg von Griechenland hatte dem englischen Admiral **Noel** für dessen Verdienste auf Kreta das griechische Großkreuz verliehen, dem Admiral ist jedoch die Annahme dieser Auszeichnung von der englischen Regierung (lies: Königin Viktoria) **verboten** worden. Die Königin mag dabei an ihre ruhmreiche Vorgängerin Elisabeth gedacht haben, die bei einem ähnlichen Anlasse erklärt hat, daß sie sich das Recht, „ihre eigenen Schafe selbst zu theeren“ vorbehalten wollte. Nach den höfischen Begriffen ist es nicht ganz verständlich, weshalb König Georg sich einer derartigen Ablehnung ausgesetzt hat. Das englische Selbstbewußtsein ist doch gerade groß genug. Englische Zeitungen meinen, die ausländischen Herrscher seien mit dem Umstande vollkommen bekannt, daß die Königin das Tragen ausländischer Orden nur sehr selten gestatte, nur Kriegsmedaillen würden zuweilen zugelassen, und die fremden Majestäten hätten sich dadurch noch niemals verletzt gefühlt.

Erdbeben in Griechenland. Am 22. ds. fand im Peloponnes ein Erdbeben statt, von dem namentlich der Ort Phtiakra und die Umgegend schwer betroffen wurden. Der Ort Phtiakra wurde von den Bewohnern verlassen; die Häuser sind beschädigt. Ob ein Verlust an Menschenleben zu beklagen, ist noch nicht festgestellt.

Unglücksfälle und Verbrechen. In **Berlin** im Hause Strelitzerstraße 7 versuchte der 24 Jahre alte Kellner Max Fasse, seine Geliebte, die Arbeiterin Bigest, zu erdrosseln, wurde aber von Hausbewohnern und einem Schutzmann daran verhindert und festgenommen, nachdem er seinem Opfer bereits schwere Verletzungen beigebracht hatte. — Gegen den Ingenieur Hermann Welcker, der sich südlich auch Betriebsdirektor Dr. E. H. Walcker nennt, hat jetzt der Untersuchungsrichter bei dem Landgericht I in Berlin einen Steckbrief erlassen. Gegen Welcker, der flüchtig ist oder sich verborgen hält, ist wegen wiederholten Betruges die Untersuchungshaft verhängt worden. Der Gesuchte ist am 23. Februar 1849 zu Koblenz geboren. — Dieser Tage wetteten zwei Arbeiter in einer Destillation zu Beuthen O.-S., daß sie für 70 Pfg. bezw. für 1 M. Schnaps austrinken werden. Als der Schnaps ausgetrunken war, blieb der eine der Wettenden sofort todt, während der zweite am anderen Morgen im städtischen Krankenhause starb. — In Sulzbach bei Saarbrücken Leichtsinn die Frau eines Trunksüchtigen, sich und ihre drei Kinder durch den Tod von dem Manne zu befreien. Sie band zwei der kleinen Kinder an einander und warf das Bündel in einen Weiher; darauf sprang sie mit dem kleinsten Kinde selbst ins Wasser. Alle vier ertranken. Die Mutter stand kurz vor einer neuen Entbindung. — In Metz schoß der Bäckermeister v. d. Heid auf ein Mädchen, das er verfolgt hatte. Das Mädchen schrie um Hilfe, v. d. Heid kehrte nun den Revolver gegen sich und schoß sich in die Schläfe. Der anscheinend nur leicht Verwundete wurde ins Spital gebracht. — In **Meran** feuerte der Fabrikant Otto Geiger aus Württemberg, der als Kurgast dort weilte, in einem Café drei Revolverschüsse auf eine Meraner Dame ab, verfehlte sie aber. Er schoß sich dann eine Kugel in die Schläfe und war in wenigen Minuten todt. — In **Szeseny** (Neograder Komitat) hat ein toller Hund, während er verfolgt wurde, 32 Personen gebissen, die in das Pasteur-Institut nach Budapest befördert wurden. — In **Pipto-Szent-Miklos** ward zwischen dem Obergespan Ludwig von Kürthy und dem Gutsbesitzer Pottornyay ein Zweikampf unter sehr schweren Bedingungen ausgefochten. Zuerst fand ein Pistolenduell statt, wobei beide Theile unverwundet blieben, während in dem Säbelduell, welches darauf folgte, Obergespan Kürthy schwer, Pottornyay leicht verwundet wurde. — In **Czernowitz** hat der Offizierstellvertreter Michael Tomoruy zuerst seine Geliebte und dann sich erschossen. Tomoruy war in Gesellschaft der Tochter eines Wiener Postbeamten, Camilla N., aus Stanislau in Czernowitz angekommen und im „Hotel Russie“ abgestiegen. Ein Zettel, den der Selbstmörder zurückließ, giebt unheilbare Krankheit als Motiv der That an. — In einer Ortschaft bei **Lille** wurde vorgestern ein allgemein geachtetes Ehepaar namens Lemonnier in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Die alten Leute hatten vor einiger Zeit eine Summe von 1800 Frcs. geborgt, die sie nicht bezahlen konnten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990123024/fragment/page=0002